

TAGESPOLITIK - KOMMENTARE - AUSLANDSBERICHTE

XXIV/208

Bonn, den 30. Oktober 1969

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite Zeilen

1 - 1a Zwischenbilanz 71

Von Kiesingers Brief an Stoph zu Strauß' BAYERN-KURIER

2 Die Eingliederung wird vollendet 51

Gerechter Abschluß der Kriegsfolgegesetze

Von Walter Haack

3 - 4 EUROPA - CENTRES 81

Europäische Begegnungsstätten für Gastarbeiter und Einheimische

Von Egon C. Heinrich

FRAU UND GESELLSCHAFT bringt heute:

Mehr junge Frauen wählten SPD
Betrachtungen um ein Kolloquium in Bergneustadt

Keine Tagesstätte für Kinder in Rüsselsheim

In Gütersloh: Schulmilch wieder aktuell?

* *

*

Zwischenbilanz

Von Kiesingers Brief an Stoph zu Strauß' BAYERN-KURIER

sp - Die Bundestagsdebatte über die Regierungserklärung bietet in mehreren Beziehungen Anlaß zum Nachdenken. Da ist zunächst einmal die von den Rednern der C-Parteien ständig wiederholte Versuch, die Deutschlandpolitik und zum Teil auch die Außenpolitik mit dem Vokabular der 50er Jahre "bewältigen" zu wollen. So als sei in den vergangenen zehn Jahren nichts geschehen, versuchten die Herren Barzel, Kiesinger, Gradl und deren Parteifreunde immer wieder, mit Hilfe abstrakter Begriffe und juristischer Fixierungen das Rad der Geschichte zurückzudrehen.

Bundeskanzler Willy Brandt hat in der Regierungserklärung unmißverständlich gesagt, auch die neue Bundesregierung betrachte die DDR nicht als Ausland. Das genügt der Opposition aber offensichtlich nicht. In ihrem Bestreben, eine Kontrastposition zur Regierung beziehen zu wollen, haben die Oppositionsredner sich so verhalten, als sei von dem früheren Bundeskanzler Kurt Georg Kiesinger nie ein Brief an den Vors. des Ministerrats der DDR, Willi Stoph, mit einer Aufforderung zu Gesprächen und Verhandlungen zwischen Bonn und Ostberlin auf Regierungsebene geschrieben worden.

Man muß dieses damalige Angebot Kiesingers immer wieder ins Gedächtnis rufen, denn genau an diesem Punkt liegt das, was Bundeskanzler Brandt und Außenminister Scheel sowie die Redner der Regierungsparteien als die notwendige Weiterentwicklung einer einstimmig vom Bundestag gebilligten Deutschlandpolitik bezeichnen.

So gesehen ist es nicht ganz verständlich, wenn der frühere Staatssekretär im Bundeskanzleramt, der CSU-Abgeordnete Freiherr von und zu Guttenberg, der doch die Entstehungsgeschichte des damaligen Briefes von Kiesinger an Stoph ganz genau kennt, vor dieser von der neuen Bundesregierung deklarierten Kontinuität und Weiterentwicklung der Deutschlandpolitik warnte. Hier wird man in Zukunft Herrn Barzel beim Wort nehmen müssen, der als Sprecher der C-Parteien erklärt hatte, CDU und CSU würden in den Grundfragen unserer Nation immer wieder die Gemeinsamkeit anstreben...

Eine zweite Episode dieser ersten Parlamentsdebatte nach der Bun-

Wahl verdient ebenfalls festgehalten zu werden. Das sind die Erklärungen des CSU-Vorsitzenden Franz Josef Strauß, mit denen dieser öffentlich von dem ihm selbst herausgegebenen CSU-Organ BAYERN-KURIER abhakte. Seit Erscheinen dieses Blattes hat sich die deutsche Öffentlichkeit daran gewöhnt, den BAYERN-KURIER als das Sprachrohr von Franz Josef Strauß zu betrachten. Wenn wir uns nicht irren, haben Herr Strauß und seine engeren Freunde sogar beträchtliche Mittel zur Finanzierung dieses Blattes beigesteuert. Und noch etwas anderes: Nicht nur in München pfeifen es die Spatzen von den Dächern, daß man im BAYERN-KURIER nachlesen kann, was Herr Strauß denkt, aber nicht ausspricht. An dieser Interpretation der Aufgaben des BAYERN-KURIER sind nicht zuletzt seine führenden Redakteure schuld. Darauf begründeten sie, bisher jedenfalls, ihre Forschheit und scheinbare Unantastbarkeit.

Nun haben wir von Herrn Strauß im Bundestag - fast mit zitternder Stimme vorgetragen - gehört, er könne und wolle nicht für alles verantwortlich sein, was im BAYERN-KURIER steht. Sicher ist es richtig, daß ein Verleger oder Herausgeber nicht immer für jeden Artikel und jeden Satz, der in einer von ihm herausgegebenen Publikation steht, verantwortlich gemacht werden kann. Nun ist es aber beim BAYERN-KURIER nicht so, daß seine Redakteure gelegentlich einmal ausrutschen und nur ab und zu deutsche Politiker der nationalen Unzuverlässigkeit bezichtigen. Sie tun es seit langem mit schöner Regelmäßigkeit. Und oft genug unterscheiden sich ihre Artikel und die darin enthaltenen Formulierungen kaum von denen, die man in der als nationalistisch charakterisierten NATIONAL-ZEITUNG ständig lesen kann. Unter diesen Umständen und nachdem es schon mehr als einmal wegen des BAYERN-KURIER handfeste Skandale gegeben hat, müßte sich eigentlich ein Herausgeber von der politischen Potenz eines Franz Josef Strauß längst von diesem Blatt abgesetzt haben.

Das ist jetzt im Bundestag geschehen. Man darf gespannt sein, ob der BAYERN-KURIER auch in Zukunft den Eindruck zu erwecken versucht, es sei er nach wie vor das Sprachrohr des CSU-Vorsitzenden Franz Josef Strauß und seiner Partei. Herr Strauß hat jetzt Gelegenheit, zu zeigen, ob er wirklich in Bayern so stark ist, wie er in Bonn immer

+ + +

Die Eingliederung wird vollendet

Gerechter Abschluß der Kriegsfolgengesetze

Von Walter Haack

"Das Vertriebenenministerium wird in das Innenministerium eingegliedert. Wir begrüßen es, daß der Staatssekretär a.D. Dr. Naumbach bereit erklärt hat, dort seinen früheren Arbeitsbereich zu betreuen. Die Bundesregierung ist sich ihrer Verantwortung für die Vertriebenen, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigten bewußt. Sie wird die notwendigen Maßnahmen zur Eingliederung vollenden. Den Lastenausgleich und die Kriegsfolgengesetzgebung wird sie auch im Interesse der Flüchtlinge aus der DDR zu einem gerechten Abschluß bringen. Die Bundesregierung wird weiter alle vernünftigen Bestrebungen fördern, die der Erhaltung und Entfaltung der kulturellen Leistungen und Werte Ostdeutschlands dienen."

Wenn man diese Zeilen aus der Regierungserklärung von Bundeskanzler Willy Brandt nicht nur einmal, sondern zwei- oder dreimal liest, dann taucht bei einem Vertriebenen, Flüchtling oder Kriegsgeschädigten und bei einem Fachmann die Frage auf: Hat denn die SPD-Regierung wirklich an alle gedacht? An anderer Stelle der Regierungserklärung steht dann noch etwas von der Verbesserung des Wohngeldgesetzes, von der Dynamisierung der Kriegsoffizierrenten (jährliche Verbesserung wie bei der Angestellten- und Arbeiterrentenversicherung), vom langfristigen Programm für den sozialen Wohnungsbau, von der Aufnahme aller Angestellten in die Rentenversicherung, von der Hausfrauenrente usw. Wenn man das alles hört und weiß, daß die Sozialdemokraten viele dieser Forderungen schon vor vielen Jahren erhoben haben, aber die meisten Gesetzgebungsvorhaben immer an der Haltung der CDU/CSU gescheitert sind, dann sollte es zur Verwirklichung eines demokratischen und sozialen Rechtsstaates jetzt wohl kaum noch Hindernisse geben. Jedenfalls braucht sich die jetzige Opposition in diesen Fragen nicht zu strapazieren, denn ihr müßte sonst entgegengehalten werden, daß sie 20 Jahre regiert und bei hohen Steuereinnahmen nach dem Gießkannenprinzip Gelder verteilt habe. Wenn man nur bedenkt, daß die mitteldeutschen Geschädigten 17 Jahre warten mußten, bis für sie in diesem Jahr überhaupt erst ein bescheidener Anfang gemacht wurde, dann ist es wohl nicht zuviel gesagt, wenn man feststellt, daß sowohl die CDU als auch die CSU in dieser Richtung nicht glaubwürdig sind.

Es kann auch keinen lautstarken Protest gegen die von Bundeskanzler Brandt eingeleitete Kabinettsreform geben, es sei denn, einige würden polemisieren. Die Vertriebenen, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigten werden feststellen, daß die Zusammenlegung von Ministerien rationell notwendig und besser ist. Dabei hoffen aber auch alle Geschädigten, insbesondere die Alten und alleinstehenden Menschen, am Beginn einer von der SPD geführten Regierung, daß alle im öffentlichen Dienst stehenden Angestellten und Beamten den bei ihnen vorsprechenden Bürgern Demokratie vorleben. Jede Gemeinde-, Kreis- und Stadtverwaltung, jede Landes- und Bundesverwaltung sollte sich bemühen, fortan alle Sozialgesetze positiv und sinnvoll anzuwenden und neue Gesetze verständlich zu erläutern. Das Recht jedes Bürgers auf soziale Sicherheit verpflichtet den Staat; dazu gehört eine tiefgreifende und für jedermann verständnisvoll Aufklärung. Wenn jeder für seinen Bereich zuständige Sachbearbeiter, Referent und Abteilungsleiter sich bemüht, fortan in diesem Sinne zu handeln, wird sich manches ändern im Verhältnis des Bürgers zu seinem Staat und seiner Regierung.

E U R O P A - C E N T R E S

Europäische Begegnungsstätten für Gastarbeiter und Einheimische

Von Egon C. Heinrich

Während die hohe Europapolitik auf Regierungs- und EWG-Ebene noch zwischen Stagnation, Fortschritt und Rückschritt manövriert, schreitet der Verschmelzungsprozeß der europäischen Länder auf der Ebene der Bevölkerung, der Wirtschaft, der Kultur, der Technologie und im Tourismus mit Riesenschritten voran. Die Beziehungen von Mensch zu Mensch, von Unternehmen zu Unternehmen werden über die Grenzen hinweg immer zahlreicher und intensiver. Denken wir nur an die Millionen von Gastarbeitern, Studenten und andere Gruppen, die im Nachbarland leben, arbeiten oder studieren.

Gerade die Gastarbeiter stoßen in ihrem Gastland noch vielfach auf Diskriminierungen und Ressentiments. Ihre Eingliederung, die Anpassung an die anderen Sitten und die mangelnden Sprachkenntnisse verursachen mannigfaltige Schwierigkeiten und Reibereien. Hier gilt es, die europäische Einstellung täglich neu und praktisch unter Beweis zu stellen. Denn es besteht oft ein großer Widerspruch zwischen den Bekundungen der europäischen Völkerverständigung und der Behandlung der Ausländer am Arbeitsplatz, bei Wohnungssuche und vor Behördenschaltern.

In dieser unbefriedigenden Situation ist nun der Europarat in Straßburg mit einem interessanten Vorschlag an die Öffentlichkeit getreten. Danach sollen in einer Reihe von Städten in den 18 Mitgliedsländern des Europarates sogenannte "Europa-Centres", d.h. europäische Begegnungsstätten für Gastarbeiter und Einheimische, errichtet werden. Ausgangspunkt der Überlegungen ist der zunehmende ökonomische und soziale Integrationsprozeß der europäischen Staaten und Bürger, woraus sich der vermehrte Austausch von Arbeitern, Angestellten und Praktikanten ergibt. Dieser Austausch dürfte sich in Zuge der weiteren europäischen Einigung und nach einer Erweiterung der EWG auf die EFTA-Staaten noch wesentlich verstärken.

Der Vorschlag zur Errichtung der Europa-Centres, so einfach er auf den ersten Blick auch erscheinen mag, entspricht daher einem akuten Bedürfnis; er kommt außerdem zum richtigen Zeitpunkt. Die Anregung geht im Übrigen auf eine Empfehlung der europäischen Kommunalkonferenz des Europarates vom Oktober 1968 zurück. Der Ausschuß für Bevölkerungs- und Flüchtlingsfragen der Beratenden Versammlung des Europarates hat die

Idee jetzt aufgegriffen und in einem Bericht des SPD-Bundestagsabgeordneten Heinz Pöhler konkretisiert. Das Plenum des Europarates billigte einstimmig eine Entschließung, in der vor allem jene Städte, in denen besonders viele Gastarbeiter leben, aufgefordert werden, sobald als möglich Projekte für Europa-Centres auszuarbeiten. Der Europarat betont, daß derartige Bildungs- und Begegnungsstätten die Eingliederung von Gastarbeitern in den neuen Lebens- und Arbeitsbereich wesentlich erleichtern könnten.

Was soll nun im einzelnen die Aufgabe der Europa-Centres sein? Der SPD-Abgeordnete Pöhler nannte bei der Vorlage seines Berichts in Straßburg folgende drei Punkte:

- * 1. Empfangs- und Aufenthaltszentrum für neuankommende Gastarbeiter in den Gastländern.
- * 2. Die Zentren sollen für eine Übergangszeit dem Gastarbeiter Unterkunft und Verpflegung bieten.
- * 3. Sie sollen schließlich eine menschliche Begegnungsstätte sein, in der sich die Gastarbeiter mit der einheimischen Bevölkerung treffen können. Damit könnten die Europa-Centres zu Kristallisationspunkten der europäischen Völkerverständigung werden und zur europäischen Einigung beitragen. Voraussetzung wäre jedoch ein Abbau von Vorurteilen und psychologischen Hemmnissen auf beiden Seiten, bei Gastarbeitern, aber vor allem auch bei der einheimischen Bevölkerung.

Der Bericht des Europarates nennt sodann zahlreiche Sektoren, in denen die Zentren von großem Nutzen sein könnten: Eingliederungshilfen, soziale, kulturelle, religiöse und gesundheitliche Betreuung der Gastarbeiter, Wohnungversorgung, Sprachkurse, berufliche Fortbildungslehrgänge, Verbindung mit den Behörden des Heimatlandes, Veranstaltungen und Seminare.

Die Europa-Centres sollen keine staatlichen oder behördlichen Kommunaleinrichtungen werden; es ist vielmehr an ein System der Selbstverwaltung gedacht. Daran sollen sich die Behörden und Organisationen der gastgebenden Städte beteiligen, die sich auch der kulturellen, sozialen und wirtschaftlichen Eingliederung der Gastarbeiter annehmen. Dazu gehören die Industrie- und Handelskammern, die Gewerkschaften, die Konsular- und Kommunalbehörden, die Jugendorganisationen, die kirchlichen Organisationen usw.

Der Resettlement-Fund des Europarates hat sich inzwischen schon bereit erklärt, für die Errichtung der Begegnungsstätten Kredite zur Verfügung zu stellen. Darüber hinaus erwartet man staatliche und kommunale Zuschüsse. Die Kredite müssen auf Vorschlag der Kommunen von den Mitgliedsstaaten beim Europarat beantragt werden.

Mit dem Vorschlag der Europa-Centres erbringt der Europarat wieder einmal den Beweis, daß er in wichtigen Bereichen wesentliche Beiträge zur europäischen Integration zu leisten vermag. Hier geht es nicht um die Ausarbeitung abstrakter wirtschaftspolitischer Regeln, sondern um die Erleichterung des Zusammenlebens von Menschen aus verschiedenen Ländern Europas.